

WEITERSTADT AKTUELL

März 2023

Inhalt

Bürgerhaus Schneppenhausen.....	1
Haushalt 2023 steht.....	1
Neue Grundschule: Alles wieder zurück auf Los?.....	2
Straßenbahn: Zu viele Fragen bleiben offen.....	4

! Sie haben Lust, sich politisch zu engagieren oder möchten nur bei bestimmten Themen mitarbeiten? Wir freuen uns auf Sie!
Mehr Infos unter:
www.spd-weiterstadt.de

Impressum

V.i.S.d.P: SPD-Fraktion Weiterstadt,
Benjamin Gürkan, Riedbahnstraße 6,
64331 Weiterstadt
Auflage: 12.500 Stück
Redaktion: Manfred Dittrich, Benjamin
Gürkan, Lukas Harnischfeger, Kathrin Keil,
Alexander Koch

**Einladung zum
Frühjahrsempfang
der SPD Weiterstadt**
**DO, 30. März, ab 19 Uhr
im Bürgerhaus
Schneppenhausen**

Haushalt steht

Rekordvolumen von 77 Mio. Euro

Der befürchtete harte Einschlag durch die aktuellen Krisen blieb weitestgehend aus. strikte Haushaltsdisziplin und gute Orientierungsdaten vom Land Hessen sorgen im städtischen Haushalt 2023 für ein leichtes Plus. Das Haushaltsvolumen erreicht den Rekordwert von über 77 Mio. Euro.

Steuern und Abgaben bleiben stabil. In begonnene Projekte wird weiter investiert. Trotz des geringen Spielraums, wird die Förderung für private Photovoltaikanlagen nochmals erhöht. Der Haushalt wird final am 27. April 2023 beschlossen.

Keine große Grundschule

Nähe zur Kläranlage wirft außerdem Standortfrage neu auf



Eine große Grundschule mit 6,5 Zügen für alle Kinder der Kernstadt ist vom Tisch. Die Stadtverordnetenversammlung hat der Idee des Landkreises eine deutliche Absage erteilt.

Der Kreis wollte aus der Not heraus zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Die sanierungsbedürftige Carl-Ulrich-Schule in der Ortsmitte aufgeben und gemeinsam mit dem benötigten Neubau an einem Standort bündeln. Doch Fragen an den Kreis wurden nicht ausreichend beantwortet, eine sichere und tragfähige Verkehrslösung für hunderte zusätzliche Grundschüler ist nicht geklärt.

Das Verhalten des Kreises und insbesondere des Ersten Kreisbeigeordneten Lutz Köhler (CDU) gibt wieder einmal An-

lass zu deutlicher Kritik. Wer der großen Grundschule nicht zustimme, könne keine Sanierung der Carl-Ulrich Schule und keinen Neubau am Campus in nächster Zeit erwarten, so Köhler sinngemäß.

Die Weiterstädter Gremien sollten für den Kreis einen Blankoscheck erteilen, ohne relevante Fragen vorher zu klären.

Inzwischen wurde bekannt, dass am geplanten Standort zwischen Albrecht-Dürer Schule und Kläranlage sowieso nicht gebaut werden kann. Denn ein vom Kreis beauftragtes Gutachten, das erst jetzt offiziell bekannt wurde, bescheinigt eine unzulässige Geruchsbelästigung. Damit beginnt die Standortdebatte von vorne.

Weiter auf Seite 2

Bürgerhaus Schneppenhausen

Kernsanierter, erweitert und in Betrieb genommen

Mehr Platz für die Jugend dank einem neuen Jugendraum und ein energetisch und technisch saniert, heller Saal für Vereine und Veranstaltungen sowie eine neue Fassade. Das ist das Ergebnis der Sanierung und lässt das Bürgerhaus Schneppenhausen in neuem Glanz erstrahlen.

Unter Beteiligung eines Projektaurates begannen die Vorplanungen 2015. Ein zusätzlicher Jugendraum, barrierefreie Zugänge und eine größere Bühne mit besserer Ton- und Lichttechnik waren die wichtigsten Wünsche des Beirates. Drei Jahre später gab es konkrete Vor-

schläge, die in den städtischen Gremien beraten und beschlossen wurden.

Die Pandemie machte auch vor der Sanierung nicht halt. Lieferengpässe und Preissteigerungen verzögerten die Wiedereröffnung. Doch Ende 2022 stand endlich fest, dass das Bürgerhaus zu den närrischen Sitzung 2023 des 1. KC Schneppenhausen benutzbar sei.

Die karnevalistische Feuertaufe hat es inzwischen bestanden, Publikum und Künstler waren begeistert und die Schneppenhäuser freuen sich schon auf die offizielle Einweihung.

Neue Grundschule: Alles wieder zurück auf Los?

Stadtparlament lehnt große 6,5-zügige Grundschule ab - Geruchsgutachten verhindert geplanten Standort



Das Weiterstädter Stadtparlament hat im Dezember 2022 entschieden: Am Campus zwischen Albrecht-Dürer-Schule und Braunshardter Tännchen soll keine 6,5-zügige Grundschule entstehen. Insbesondere die Themen Verkehr und Nähe zur Kläranlage gaben letztlich den Anstoß, vom Plan des Landkreises Abstand zu nehmen. Ernüchterung herrscht zudem über die Arbeitsweise des Ersten Kreisbeigeordneten.

Die Standortdebatte

Das Thema neue 5. Grundschule am Campus beschäftigt die Weiterstädter Stadtpolitik seit geraumer Zeit. Bereits 2017 äußerte der damalige erste Kreisbeigeordnete Christel Fleischmann (Grüne), welcher zuständig für den Schulbau im Landkreis Darmstadt-Dieburg ist, dass es aufgrund der steigenden Schülerzahlen notwendig sei, eine weitere Grundschule in Weiterstadt zu bauen. Die Schule sollte 4 - 4,5-zügig sein, in das zu bauende Gebäude sollte auch ein Teil der Anna-Freud-Schule einziehen.

Als Standort schlug Fleischmann damals einen Bereich auf dem Gelände der Albrecht-Dürer-Schule (ADS) vor, auf dem aktuell eine mobile Schule, die sogenannte Erne-Schule steht. Hiergegen hatten sämtliche Fraktionen im Weiterstädter Stadtparlament erhebliche Bedenken. Man war sich einig, dass man Schulen dort bauen sollte, wo die Kinder Weiterstadts auch leben. Das vom Landkreis selbst gesteckte Ziel „kurze Beine, kurze Wege“ passte nach Ansicht der Stadtpolitiker nicht zu einer Grundschule im Bereich der ADS. Auch die Tatsache, dass

sich damit der Schulhof der ADS verkleinern würde, passte nicht zum gesteckten Ziel einer Ganztagschule und den steigenden Schülerzahlen der ADS.

Nachdem im Stadtparlament intensiv über alternative Standorte debattiert worden war, mussten sich die Stadtpolitiker der Erkenntnis stellen, dass eine realistische Alternative zum Gelände am Campus nicht zur Verfügung steht. Aus diesem Grund unterbreitete man Herrn Fleischmann damals den vom Bildungsbeirat unterstützten Kompromissvorschlag, die neue Schule zwar im Bereich des Campus zu errichten, allerdings nicht auf ADS-Gelände, sondern gegenüber der ADS, am Klein-Gerauer Weg. Dieser lehnte damals ab und blieb auf dem Standpunkt, die Schule auf ADS-Gelände zu bauen.

Hierauf folgten lange und teils kontrovers geführte Diskussionen. Erst ein Wechsel im Amt des ersten Kreisbeigeordneten führte zu einer Verständigung. Der nächste erste Kreisbeigeordnete Robert Ahrnt (Grüne) stimmte dem Vorschlag der Weiterstädter Kommunalpolitiker zu und unterstützte den Vorschlag, eine inklusive Grundschule nördlich des Klein-Gerauer Weges zu errichten. Damit schien zunächst alles geklärt.

Baulicher Zustand der Carl-Ulrich-Schule eröffnet Debatte neu

Nach der Kommunalwahl 2021 kam Lutz Köhler, ehemaliger CDU-Fraktionsvorsitzender im Weiterstädter Stadtparlament, in das Amt des Ersten Kreisbeigeordneten. Köhler teilte den Weiterstädter Fraktionen mit, dass die Planungen erneut

umgeworfen werden sollten. Aufgrund des schlechten baulichen Zustands der Carl-Ulrich-Schule in der Kernstadt überlegte der Kreis, statt der bisher geplanten 4-zügigen Schule eine 6,5-zügige Schule am Campus zu bauen. Im Gegenzug könnte der Kreis sich vorstellen, der Stadt das Gebäude der Carl-Ulrich-Schule im Tausch zu überlassen. Die Anna-Freud-Schule solle im Übrigen erhalten bleiben und ein Teilumzug in die neue Grundschule nicht mehr erfolgen.

Arbeitskreis bringt keine Antworten auf drängende Fragen

Da die Informationen des ersten Kreisbeigeordneten noch nicht konkret waren, entschied sich das Stadtparlament in Abstimmung mit dem Landkreis zur Einsetzung eines Arbeitskreises zur konkreteren Planung des Projekts. Im Frühjahr 2022 beschloss das Stadtparlament außerdem das städtische Grundstück gegenüber der ADS dem Landkreis für den Neubau einer 4,5-zügigen Grundschule zur Verfügung stellen zu wollen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es in der SPD-Fraktion im Stadtparlament noch keine klare Mehrheit für eine der beiden Alternativen. Man konnte sich eine große Grundschule genauso vorstellen wie zwei Schulen im Ortskern und am Campus.

Doch die Zusammenarbeit gestaltete sich schwierig. Die an den Ersten Kreisbeigeordneten gestellten Fragen wurden ausweichend beantwortet. Anstatt passende Antworten zu liefern, kam der Hinweis, dass wenn die Stadt das Projekt weiter verzögere, der Kreis davon wieder Ab-

stand nehme und andere Prioritäten setze. Der Erste Kreisbeigeordnete Köhler machte deutlich, es bestünden überhaupt keine Alternativen zu dem vorgeschlagenen Plan. Sollte sich Weiterstadt gegen diesen Vorschlag stellen, brauche man sich keine Illusionen darüber machen, dass dann eine neue Schule am Campus gebaut würde, noch würde auf absehbare Zeit baulich etwas an der Carl-Ulrich-Schule getan. Schließlich könne man zur Überbrückung die aktuell durch die Astrid-Lindgren-Schule genutzte Erne-Schule an der ADS nehmen.

Im Volksmund würde man ein derartiges Angebot wohl als "Friss oder stirb" beschreiben. Spätestens jetzt war auch klar: Kommunikation auf Augenhöhe gibt es nicht. Wenig vertrauensfördernd waren darüber hinaus Spekulationen über ein Geruchsgutachten, das der Kreis in Auftrag gegeben haben soll. Das Gutachten käme wegen der Nähe zur Kläranlage zum Ergebnis, dass eine Bildungseinrichtung am geplanten Standort nicht zu realisieren sei. Doch offizielle Informationen gab es zum Zeitpunkt der städtischen Beratungen nicht. Anfragen an den Kreis, das Gutachten zur Verfügung zu stellen, blieben unbeantwortet.

In der Zwischenzeit wurde der erste Kreisbeigeordnete aber an anderer Stelle aktiv.

Köhler will Beschluss mit der Brechstange im Kreistag

Anstatt den Weiterstädter Kommunalpolitikern Antworten und das Gutachten zu liefern, legte der Erste Kreisbeigeordnete dem Kreistag für Dezember 2022 einen Beschluss vor, der es in sich hatte: Vom Bau einer 4,5-zügigen Schule solle Abstand genommen werden. Stattdessen solle eine 6,5-zügige Schule errichtet werden, in welche die Carl-Ulrich-Schule einzieht.

Damit war die Richtung vorgegeben: Die Diskussion über Standort und Größe der Schule sollte beendet werden. Monate lang gab es kaum Infos vom Kreis und nun wollte Köhler mit der Brechstange Fakten schaffen.

Mit der Ankündigung des Kreistagsbeschlusses setzte Köhler die Weiterstädter Stadtpolitik bewusst unter Druck. Wenn die Weiterstädter CDU nun behauptet, es hätte noch genug Zeit zur Klärung offener Fragen gegeben, stimmt dies aus mehreren Gründen nicht. Vorneweg war es der Erste Kreisbeigeordnete, der das



Parlament aufforderte, eine Entscheidung über die Grundstücksübertragung zu treffen. Daneben war aufgrund des Antrags im Kreistag deutlich geworden, dass die Entscheidung im Kreis längst gefallen ist und Antworten auf die ausstehenden Fragen nicht mehr folgen würden.

SPD-Fraktion wähgt ab und entscheidet gegen große Grundschule

Die SPD-Fraktion Weiterstadt hat sich die finale Entscheidung nicht leicht gemacht. Es gab starke Argumente für beide Alternativen. Den Ausschlag gab die Tatsache, dass unklar ist, wie der Verkehr an dieser Stelle gesteuert werden kann, insbesondere wenn eventuell ein Schulbus durch das Campus-Gelände fahren soll. Auch die ungeklärte Frage des Standorts stand noch im Raum. Für die SPD-Fraktion war klar, dass einer großen Schule nur zugestimmt werden kann, wenn klar ist, wo diese stehen soll. Aufgrund des unklaren Geruchsgutachtens und der nicht gegebenen Antworten fiel die Entscheidung damit gegen eine große Grundschule.

Weiterstädter CDU muss sich entscheiden, für wen sie Politik macht

Bisher waren sich die Fraktionen im Weiterstädter Stadtparlament beim Thema 5. Grundschule weitestgehend einig. Zumindest bis zu dem Tag, an dem der ehemalige Fraktionsvorsitzende der CDU im Stadtparlament, Lutz Köhler, Erster Kreisbeigeordneter wurde.

Seitdem stellt sich die Frage, ob die Weiterstädter CDU-Fraktion der verlängerte Arm des Ersten Kreisbeigeordneten ist. Herr Köhler hat der Weiterstädter Politik die Pistole auf die Brust gesetzt, indem er diktirt, entweder es kommt eine große Grundschule, oder es kommt weder ein Neubau am Campus, noch wird die CUS

saniert. Das kann nicht im Interesse Weiterstadts sein, egal welcher Fraktion man angehört.

Geruchsgutachten macht Standortdebatte neu auf

Mitte Februar 2023 stellte der Erste Kreisbeigeordnete der Stadt Weiterstadt endlich das Geruchsgutachten zur Verfügung und offenbarte, was seit Monaten spekuliert wurde: Ein Bau am geplanten Standort ist wegen Geruchsbelästigungen nicht möglich. Die Standortdebatte ist somit erneut eröffnet und der Beschluss des Stadtparlaments erwies sich im Nachhinein als richtig. Damit blamiert sich nicht nur der Erste Beigeordnete Köhler, sondern mit ihm auch seine ehemalige CDU-Fraktion in Weiterstadt.

Kreis muss Verantwortung endlich gerecht werden

Obwohl Köhler vor wenigen Monaten eine schnelle Entscheidung erzwingen wollte, schreibt er jetzt an die Stadt, dass der Schulträger keinen unmittelbaren Handlungsdruck habe. Schließlich stünde die Erne-Schule für die Kernstadt bald zur Verfügung. Im Klartext: Keine Sanierung der Carl-Ulrich Schule und kein Schul-Neubau in der Kernstadt in absehbarer Zeit. Weiterhin schiebt er die Verantwortung zur Standortsuche allein auf die Stadt. Der Kreis steht selbst in der Verantwortung tragfähige Lösungen zu entwickeln statt unausgereifte Vorschläge mit der Brechstange durchdrücken zu wollen.

Die SPD-Fraktion Weiterstadt fordert den Kreis auf, zügig die Carl-Ulrich Schule zu sanieren und eine neue 4,5-zügige Schule zu bauen, nachdem ein neuer Standort gefunden wurde.

Unsere Kinder sollten es uns wert sein!

Straßenbahn: Zu viele Fragen bleiben offen!

Nach über zwei Jahren Bearbeitung liefert die STRADADI kaum Antworten, aber neue Streckenvarianten



nick_photoarchive / pixabay

Schon seit Jahrzehnten gibt es die Diskussion über eine Straßenbahnverbindung zwischen Weiterstadt und Darmstadt. Diverse Planungsideen wurden ent- und auch wieder verworfen. Bereits vor anderthalb Jahrzehnten gab es eine Kosten-Nutzen-Untersuchung für eine Trassenführung entlang der B42.

Baukosten steigen mit jeder neuen Planung: Aktuell min. 88 Mio. Euro

Die Baukosten wurden zunächst auf 50 Millionen Euro taxiert, später dann auf 88 Millionen Euro angehoben – wohlgemerkt noch ohne die Kosten für die Straßenbahnen sowie die zusätzlichen Planungs- und Grundstückskosten. Eine Straßenbahn zwischen Weiterstadt und Darmstadt wäre zwar ein klimafreundliches, aber auch ein sehr teures und unflexibles Verkehrsmittel, das zudem beim jetzigen Planungsstand noch sehr viele berechtigte Fragen unbeantwortet lässt.

Fragen zu Technik, Verkehr und Finanzen bleiben offen

Kürzlich stellte die vom Landkreis und der Stadt Darmstadt gegründete Projektgesellschaft STRADADI ihre aktuellen Überlegungen und mehrere eventuelle Trassenvarianten für die Riedbahn und die Gewerbegebiete im Fachausschuss vor. Der Anlass war, dass die örtliche Kooperation aus SPD und Freien Wählern bereits 2020 einen umfangreichen Fragenkatalog an die damals noch zuständige DADINA zum Thema Straßenbahn ausgearbeitet hatte. Die Fragen fokussierten sich dabei auf die technische, verkehrliche und finanzielle Umsetzbarkeit. Darüber hinaus müsste die STRADADI noch Grundstücke im Privatbesitz erwerben, welche der geplante Trassenverlauf durchschneidet. Zudem sind kritische Fragen zur Über-

querung der Segmüller-Kreuzung bislang ebenfalls noch nicht überzeugend beantwortet worden.

Technologieoffene Planung und Bürgerbeteiligung gefordert

Auch im Fachausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität konnten die Vertreter der STRADADI nur wenige Fragen von SPD und Freie Wähler beantworten. Alternative Konzepte zur Straßenbahn wurden von der STRADADI nicht vorgestellt. „Die SPD fordert aber eine ergebnis- und technologieoffene Betrachtung“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Benjamin Gürkan. Zudem wollen die örtlichen Sozialdemokraten die Bürgerinnen und Bürger bei dem Großprojekt mitgenommen und beteiligt wissen.

Generell gilt es, hierbei Kosten und Nutzen genau abzuwägen. Erstere dürften den Betrag von 100 Millionen Euro voraussichtlich weit überschreiten. Hierbei ist noch völlig unklar, wie der Betrag zwischen welchen Akteuren wie genau aufgeteilt werden soll. Zudem wäre die Kehrseite einer neuen Straßenbahn, dass hierfür diverse bestehende Busverbindungen wegfallen sollen, die direkt in die Darmstädter Innenstadt führen. Die Straßenbahn würde hingegen voraussichtlich nicht in der Darmstädter Innenstadt, sondern am Hauptbahnhof halten, was die Nutzung wieder unattraktiver macht.

Anbindung von Gräfenhausen und Schneppenhausen aufgenommen

„Positiv ist, dass die die STRADADI inzwischen eine Anbindung von Gräfenhausen, Schneppenhausen und dem Neubaugebiet Apfelbaumgarten 2 ins Auge gefasst hat und die neuen gesetzlichen Vorgaben für eine Nutzen-Kosten-Untersuchung

nun auch die Aspekte Klima- und Umweltschutz berücksichtigen muss.“, so die Ausschussvorsitzende Kathrin Keil. Negativ ist allerdings, dass hinsichtlich der Umsetzung und Finanzierung noch sehr viele Fragen komplett offen bleiben.

Trasse durch Weiterstädter Ortskern wirft weitere Fragen auf

Im Gegensatz zur alten Trassenvariante entlang der B 42, die schließlich verworfen wurde, soll die neue durch den Weiterstädter Ortskern führen. Ob die Straßenbahn wirklich durch die Darmstädter Straße und die Bahnhofstraße geführt werden kann, bleibt unklar. Für die Anwohner bedeutet diese Variante außerdem mehr Lärm, Verlust von Parkplätzen sowie Probleme beim Ein- und Ausfahren auf das eigene Grundstück. Zudem stellt sich die Frage, ob sich hier Straßenbahn und Radverkehr überhaupt vereinbaren lassen. Das gilt insbesondere für die Bahnhofstraße, die von sehr vielen Schülern mit dem Fahrrad als Schulweg genutzt wird. Von den Straßenbahnplanern wurde der Radverkehr in der Bahnhofstraße schon in der Machbarkeitsstudie als Problem erkannt, aber auch hierfür gibt es noch keine Lösung.

Straßenbahn kritisch begleiten und regelmäßig informieren

Die Kreuzungen mit der Autobahn sowie den bestehenden und den geplanten Bahnlinien stellen die Planer vor große technische und finanzielle Probleme. „Es sind wesentlich mehr Fragen offen geblieben, als beantwortet wurden“, fasst Manfred Dittrich für die SPD die jüngste Ausschuss-Sitzung zum Thema Straßenbahn zusammen. Die Sozialdemokraten werden das Projekt weiter kritisch hinterfragen und regelmäßig über das wichtige Thema informieren.